

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner  
Rat

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Michael Zimmermann

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 08.12.2008

### **AN/2541 /2008**

#### **Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	17.12.2008

#### **Ergebnis der Nachprüfung der im 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008/2009 aufgeführten Mehrstellen - Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen Stellen, DsNr. 3139/2008**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

*die Antragsteller bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu o.a. Verwaltungsvorlage in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen am 08.12.2008 aufzunehmen:*

Der vorliegende **Beschlusstext** wird wie folgt geändert:

1. Ausgehend von o.a. Verwaltungsvorlage beschließt der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen die Bedarfsanerkennung von 392,68 Stellen gemäß **Anlage** zum Änderungsantrag; Zusätzlich werden 10 Stellen bis 31.12.2009 und 6,5 bis 31.12.2010 gemäß Aufstellung in der Anlage befristet; 1,5 Stellen unterliegen einer Stellensperre (vgl. Anlage).
2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der für das Jahr 2009 erforderlichen 392,68 Stellen im Rahmen des Haushalts 2008/2009.
3. Evtl. Änderungen seitens der Verwaltung aufgrund aktueller Entwicklungen während der Geltungsdauer des Stellenplans 2008/2009 bedürfen der Beschlussfassung des Fach- und Finanzausschusses.

#### **Begründung:**

Die inzwischen absehbare Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Finanzmarktkrise mit rezessiven Tendenzen in 2009 veranlasst die Antragsteller zur Zurückhaltung in Hinblick auf das Aufwandsvolumen im Ergebnisplan 2009, da eine signifikante Verminderung der Steuereinnahmen in 2009 nicht auszuschließen ist.

Dies ist ein wesentliches Motiv den von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenzuwachs zu begrenzen und in Fällen, wo es sinnvoll ist, Befristungen vorzusehen

Die von der Verwaltung vorgelegte und vom Rat am 13.11.2008 gebilligte Mittelfristplanung geht bereits beim heutigen Erkenntnisstand in der Ergebnisplanung von einem negativen Ergebnis von 102,4 Mio Euro in 2009 und von 124,2 Mio Euro in 2010 aus.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann  
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank  
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer